INFORMATIONSVORLAGE

(Nr. 0010/2017)

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Bauausschuss	03.02.2017	öffentlich

Information zu Auftragserhöhung und Mehrkosten K 130, Sanierung Stützwand "Lambertskehr" bei Saarburg

Sachdarstellung:

Unter Bezug auf die Sitzungsvorlage Nr. **298/2015** (KA-Sitzung vom 14.09.2015) informiert die Verwaltung die Mitglieder des Bauausschusses, dass die Genehmigung der **Auftragserhöhung und der daraus resultierenden Mehrkosten** in Höhe von **rd. 14.000 €** für die o. g. Maßnahme an die bauausführende Firma BIS-Engineering, Wittlich gemäß Nr. 15.1b der DV Vergabewesen durch Herrn GBL Rauland erfolgt ist.

Die Baumaßnahme wird vom Land mit einer Förderquote von 70 % bis zu einer Höhe von maximal 646.000 Euro (zuwendungsfähige Ausgaben) bezuschusst.

Die Auftragsvergabe war im Sommer 2015 mit einer Auftragssumme von 473.497,51,- € an die Firma BIS Engineering, Wittlich erfolgt und der Kreisausschuss in seiner Sitzung vom 14.09.2015 nochmals entsprechend informiert worden.

Mit Schreiben vom 07.12.2016 hat der LBM nun auf Anfrage der Verwaltung mitgeteilt, dass nach jetzigem Stand die Maßnahme K 130, Sanierung Stützwand "Lambertskehr" bei Saarburg voraussichtlich mit Baukosten in Höhe von rd. 487.000,- € abschließt. Die Schlussrechnung liegt dem LBM Trier aktuell zur Prüfung vor und wird nach dortigen Angaben noch im Verlauf des Januars zur Zahlung an die Kreisverwaltung Trier-Saarburg weitergeleitet werden.

Die Mehrkosten sind durch die zusätzlichen Arbeiten zur Sanierung der Bord- und Gehweganlage, die seitens des Bauausschusses bei der Kreisbereisung im Sommer 2016 als Aufstockung des Antrags mit der Firma BIS Engineering gewünscht wurden, bedingt.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten der Maßnahme werden sich nun durch die o. g. Nachträge auf rund 487.000,- € belaufen und so immer noch weit unter den ursprünglich angenommenen Gesamtkosten liegen.

Die nun im Rahmen der Auftragsvergabe entstehenden Mehrkosten in Höhe von ca. 14.000,- €, sowie der beim Kreis verbleibenden Eigenanteil in Höhe von 4.200,- € (unter Berücksichtigung der zu erwartenden Landeszuwendung von 14.000,- € x 70 % = 9.800,- €) können aus der noch vorhandenen Haushaltsermächtigung für 2016 gedeckt werden; mit der Entstehung überplanmäßiger Aufwendungen ist nicht zu rechnen.